

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	1
Vorwort:	Der Wahlgang 1987 wird aufgearbeitet : die schwierige Lage der SPS
Autor:	Hubacher, Helmut

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die schwierige Lage der SPS

Von Helmut Hubacher, Präsident der SPS

Eine 17jährige Schülerin schrieb mir: «Als ich von diesem Wahlausgang hörte, hätte ich weinen können.»

Von vielen Schreiben und Kommentaren hat mich dieser Brief am meisten bewegt. Das 17jährige Mädchen hofft auf die SP, hofft, dass diese Partei einiges bewegen, verändern und jungen Menschen Zuversicht geben kann und wird. Die Wahlniederlage ist daher für das Mädchen eine derartige Enttäuschung, dass es am liebsten «hätte weinen können». Damit wird auf einfache Weise, gewollt oder ungewollt, der politische Auftrag der SP umschrieben. Sie muss Hoffnungsträgerin sein für Menschen, die an eine bessere Zukunft glauben, die sich nicht mit der Umweltzerstörung abfinden, die mehr soziale Gerechtigkeit wollen, deren Perspektive eine humanere Schweiz ist, die sich eine engagiertere Schweiz für Frieden und für sozialen Ausgleich auf dieser Welt wünschen.

Wenn wir diesen Auftrag erfüllen und den Erwartungen in uns gerecht werden wollen, dann dürfen wir uns mit dem Wahlausgang nicht einfach abfinden. Es wäre fahrlässig, möglichst schnell und unbekümmert zur Tagesordnung überzugehen. Umgekehrt ist Trauer keine politische Farbe, mit der wir Zukunftsaufgaben angehen können.

Ist-Zustand

Persönlich weigerte ich mich, am Wahlsonntag oder spätestens am Tage darnach bereits

fixfertige Erklärungen und Analysen zum Wahlausgang abzugeben. Es gibt kein politisches Kochbuch mit Patentrezepte, wie der «Patient» SP mit schnellen Worten geheilt werden könnte. Vorerst einmal waren viele von uns, ich gehörte auch dazu, betroffen. Andere konstruierten Betroffenheit in Ratlosigkeit um. Wenn es stimmt, dass Wahltag Zahltag ist, dann ist Betroffenheit keine schlechte Ausgangslage, die Niederlage zu überwinden. Deshalb müssen wir aus dem Stadium der Betroffenheit herauskommen, müssen gemeinsam analysieren, informieren, diskutieren und bilanzieren. Bei diesem Denkprozess sind wir nicht allein. Namhafte Beobachter begleiten uns mit guten oder mit scheinbar guten Ratschlägen. Die einen personalisieren, die anderen dramatisieren oder bagatellisieren.

Der einzelne Vordermann kann weder den sensationellen Erfolg von Thomas Onken im Thurgau auf sein Konto buchen, noch ist er für Wähleranteilverluste allein verantwortlich. Als es vor den Wahlen darum ging, das Wahlkonzept und die Wahlaktik zu bestimmen, waren viele, die nach den Wahlen mit profunden Vorwürfen nicht geizten, auffallend bescheiden und zurückhaltend. Hinterher hat es halt jeder schon vorher besser gewusst. Auch das ist nicht neu. Die Mitmenschen sind eben ein Teil unseres Schicksals.

Im parteiinternen Nahkampf spielen die politischen Schiedsrichter ihre Rolle. Oft schließen sie sich selber von der politischen Mittäterschaft aus und

verweisen am liebsten andere auf den sozialdemokratischen Pfad der Tugend. Mit diesen Bemerkungen soll keineswegs Kritik kritisiert werden. Mich ängstigen lediglich Menschen, die an ihre «unfehlbaren» Aussagen glauben. Da muss ich passen. Ich weiss die Wahrheit nicht, ich suche sie.

Nun aber zur Frage, was denn eigentlich bei den eidgenössischen Wahlen passiert ist.

Es gilt zwischen der Romandie und der Deutschschweiz zu unterscheiden. In der Romandie ist die SP-Bilanz ausgeglichen. Der SP-Wähleranteil in den Kantonen Waadt, Wallis und Jura liegt über dem von 1983. Genf, Freiburg und Neuenburg liegen unter dem Niveau 1983, die Verluste halten sich aber im Rahmen. Im Kanton Jura ging ein National- und im Kanton Neuenburg ein Ständeratsmandat verloren. Beide Verluste wurden durch zwei Zugewinne im Kanton Waadt wettgemacht. Ein Faktor fällt dabei besonders auf. Die bisher für sicher gehaltene Feststellung, eine niedrige Wahlbeteiligung schade ganz besonders der SP, wird in der Romandie nicht bestätigt. Die Wahlbeteiligung der Romands lag um etliche Prozent unter der in der Deutschschweiz.

Interessant ist ein Vergleich zwischen den beiden grössten Kantonen in der Romandie und in der Deutschschweiz. Der Kanton Waadt delegiert insgesamt 19 Parlamentarier/-innen nach Bern, die SP stellt davon sieben. Der Kanton Zürich delegiert 37 Parlamentarier/-innen nach Bern, der SP-Anteil beträgt sechs.

Die Verluste der SP gehen voll auf das Konto der Deutschschweiz. Mandate gingen verloren: Zürich 2, Bern 2, Basel-Land 2, Aargau 1, Solothurn 1, Tessin 1. Mandate gewonnen wurden: Schwyz 1, Tessin 1 (Übertritt Werner Carobbio in die SP-Fraktion), Thurgau 1. Das Minus beträgt demnach sechs Mandate. Gravierender als die Mandatsverluste ist der gesamtschweizerische Wähleranteil von nur 18,3, 1983 immerhin 22,8 und 1975 noch 24,9 Prozent.

Die Parteileitung hat eine wissenschaftlich zu erarbeitende Analyse in Auftrag gegeben, um die Ursachen für diesen Rückgang möglichst exakt und schonungslos zu erfahren. Diese Analyse sollte Ende Januar, Anfang Februar 1988 vorliegen. Weitere Massnahmen sind eingeleitet oder bereits durchgeführt worden. Ich erwähne die stattgefundene Aussprache mit den Präsidenten/-Innen der SP-Kantonalparteien in der Deutschschweiz oder die vor Weihnachten auf Rigi-Kaltbad durchgeführte dreitägige Klausursitzung mit kompetenten Genossinnen und Genossen aus der GL und vor allem aus der Mitgliedschaft. Angesetzt ist ein Treffen zwischen SPS und SGB (Schweiz. Gewerkschaftsbund). Die SP-Fraktion wird nach Mitte Januar 1988 ebenfalls eine zweitägige Klausurtagung im SMUV-Ferienheim Vitznau abhalten. GL und Parteivorstand werden Ende Januar 1988 eine erste Auswertung verschiedener Aktivitäten vornehmen und werden ein Schwerpunktspapier diskutieren.

Wichtiger als die Niederlagenanalyse scheint mir die Erfolgsanalyse zu sein. Wie hat es die SP Waadt gemacht, zwei Mandate zu gewinnen? Was steckt hinter dem Ständeratswunder im Thurgau? Woher holte die SP Schaffhausen vier Prozent

Wähleranteilzuwachs? Wie kommt es, dass im Oberwallis der SP-Wähleranteil bis zu 30 Prozent beträgt? Wie schaffte die SP Jura trotz Mandatsverlust einen Drittels Wählertzuwachs?

Feststellungen

Es gibt, auch ohne die in Auftrag gegebene Analyse zu kennen, erste Feststellungen und Annahmen. Bevor ich solche formuliere, möchte ich eine Bemerkung voranschieben. Die SPS ist eine föderalistisch aufgebaute Partei. Es gibt keine uniforme, keine zentralistisch gesteuerte SP, es gibt 24 Kantonalparteien mit über 1000 Sektionen. Alle haben ihr eigenes Profil, ihre Eigenheiten und Traditionen bei objektiv unterschiedlichen Verhältnissen. Der negative Trend allerdings ist relativ einheitlich, Ausnahmen bestätigen die Regel.

In der Romandie spielte die Umweltfrage nicht die dominierende Rolle wie in der Deutschschweiz. Ein zentrales Thema der Romands war beispielsweise die Frage Schweiz-EG. In der Deutschschweiz steckt die Diskussion über das zukünftige Verhältnis der Schweiz zur EG in den Anfängen. Sie beschränkt sich gegenwärtig fast ausschliesslich auf die interessierten Insider-Kreise. Es bestehen überhaupt keine Zweifel, dass uns dieses Thema in den nächsten Jahren zentral beschäftigen wird und muss. Nur: ein Wahlkampfthema war daraus in der Deutschschweiz (noch) nicht geworden. Die Frage steht im Raum, ob die SP in der Deutschschweiz zu stark auf die «grüne Karte» und zu wenig auf ihre soziale Kompetenz gesetzt hat. Hätten wir, anders gefragt, die Umweltprobleme zurückstellen sollen? Damit wäre die SP-Fraktion im Bundeshaus des-

avouiert worden. Diese forcierte in den letzten vier Jahren Energie- und Umweltfragen absolut schwergewichtig. Keine andere Fraktion habe «derart konsequent grün gestimmt» wie die der SP, bemerkte die «Schweizerische Handels-Zeitung» am 1. Oktober 1987. Und keine andere Fraktion hat jetzt so viele umwelt- und energiekompetente Fachleute bekommen wie die der SP, ist beizufügen. «Die SP hat gewonnen – nämlich qualitativ», schreibt der Chefredaktor von «Politik und Wirtschaft» in seinem Wahlkommentar.

Bleiben wir beim grünen Thema. Joseph Huber, Vordenker der SPD, hielt Ende Juni 1987 am Zukunftskongress der SPÖ in Wien ein Referat über «Zukunftschanzen der Sozialdemokratie». Zwei Zitate daraus («Rote Revue» 11/87):

«Ihre Kompetenz in punkto soziale Fragen kann die Sozialdemokratie niemals aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben. Aber die ökologische Frage nicht kompetent zu beantworten, kann sie sich ebensowenig leisten.»

«Die moderne Gesellschaft entwickelt sich, indem sie alte Probleme löst und damit neue schafft, die sie wieder lösen muss, womit sie wieder neue schafft usw. Das ist das Prinzip des technischen Fortschritts ebenso wie des sozialen. Es ist damit auch das Schicksal der Sozialdemokratie. Sie hat alte soziale Fragen beantwortet, indem sie entscheidend beigetragen hat zum Systemaufbau und zur Modernisierung, zum Aufstieg der Arbeitnehmer-Mittel- schichtgesellschaft und zur beruflichen und persönlichen Emanzipation der Arbeitnehmer. Eben diese Erfolge haben zu neuen sozialen und Systemfragen geführt. Es gibt für die Sozialdemokratie wohl kaum einen anderen Weg, als den neuen Herausforderungen wie-

derum auf sozialdemokratische Weise zu begegnen. Das Umdenken, das die historische Situation der Sozialdemokratie abverlangt, bedeutet nicht, ihre Grundideen und Grundwerte aufzugeben, sondern sich ihrer zu vergewissern und sie auf die veränderte Situation neu anzuwenden.»

Der ökonomische und ökologische Druck wird zunehmen. Der Casino-Kapitalismus mit seinem Börsenkrach vom 19. Oktober dieses Jahres hat die unsichere weltwirtschaftliche Lage drastisch demonstriert. Direkte Auswirkungen können bei uns rasch spürbar werden. Betriebsschliessungen und Entlassungen sind auch in der Schweiz kein Fremdwort. Wenn die USA ihre missliche Wirtschaftslage mit dem tiefen Dollarkurs sanieren und ihre Importe, die auch unsere Exporte sind, so abbremsen wollen, kann das Wirtschaftsklima in Europa und in der Schweiz kalt werden. Dass die BBC, einst Flaggschiff der schweizerischen Maschinenindustrie, Hilfe in Schweden suchen muss; dass die einst für Textilmaschinen führende Firma Dubied SA erneut einen Schwächeanfall erlitt und dass das Zuger Renommierunternehmen Landis und Gyr AG neu zum Schmidheiny-Konzern gehört, sind alarmierende Signale. Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank, hat wohl übertrieben, wenn er meint, «die Schweiz ist kein Land, die Schweiz ist eine Bank». Die Warnung aber, Finanzgeschäfte nicht zu überwerten, ist unüberhörbar. Ein zu robuster Finanzplatz mit einem schwindsüchtigen Werkplatz könnte die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht bringen. Die Bemerkung, der ökologische Druck werde ebenfalls zunehmen, basiert auf einer realistischen Einschätzung. Das gibt uns auch eine Chance. Ein

Beispiel: SPS und SGB befürworten den Ausstieg aus der Atomenergie. Das Prognos-Institut, zum Schweizerischen Bankverein gehörend, hat für die Bundesrepublik Deutschland ein Gutachten zum Ausstieg aus der Atomenergie vorgelegt. Darin wird nachgewiesen, dass mit dem Ausstieg netto 90000 bis 125000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können und dass damit ein enormer technologischer Innovationsschub möglich wird, der für eine umweltverträgliche Wirtschaft unglaubliche Perspektiven eröffnet. Unsere Chance ist es, im ökonomisch-ökologischen Bereich die lange vermisste wirtschaftliche Kompetenz zu erarbeiten.

Solche Aspekte machen es schwer, anzunehmen, die SP habe im Umweltbereich übermacht. Was wäre denn die Alternative gewesen? Darauf haben wir bisher keine Antwort bekommen, weil es, davon gehe ich aus, keine gibt.

Soziales vernachlässigt?

Wer viel in Gewerkschafts- und Arbeitnehmerkreisen verkehrt, wird mit Ängsten konfrontiert. Mit der Angst etwa, die SP wolle den Leuten das Auto vermiesen. Derartige Reaktionen müssen wir ernst nehmen. Wenn mir ein Arbeiter zum Sonntagsfahrverbot leidenschaftlich vorhält, «das trifft doch wiederum die Kleinen, mein Direktor fährt dann eben erst am Montagmorgen zurück zur Arbeit und kann damit das Sonntagsfahrverbot umgehen», hat er recht. Umweltpolitik darf nicht auch noch die Arbeitnehmer, darf nicht auch noch die kleinen Leute einseitig benachteiligen. Umweltpolitik ist ein gesellschaftspolitisches Anliegen und muss nach dem Verursacherprinzip konzipiert sein: Grosse «Sünder»

müssen grosse Lasten übernehmen.

Die Frage ist berechtigt, ob die SP im Wahlkampf das Sozialthema vernachlässigt habe. Im Wahlkonzept figurierte die soziale Frage an erster Stelle. Die SP präsentierte denn auch, immer gemeinsam mit dem SGB, Konzepte zur 10. AHV-Revision und zum BVG (2. Säule). Auch liegt bereits eine Krankenversicherungs-Initiative beim Bundesrat, um die wohl grösste noch bestehende Lücke im Sozialbereich zu beseitigen.

«Weniger-Staat»-Strategie und die Folgen

Diese sozialpolitischen Würfe gehören in den Gesamtzusammenhang gestellt. Die FDP fährt seit zwölf Jahren mit ihrem Slogan «Weniger Staat» auf recht bequemen Erfolgswellen. Effektiv bedeutet dieser Kampfruf «Weniger (Sozial-)Staat». Der konservative Trend in den USA, in Grossbritannien, in der Bundesrepublik Deutschland oder in Frankreich verschonte unser Land keineswegs. Der soziale Kälteeinbruch erfolgte im helvetischen Wohlstandsland entsprechend seinem Allgemeinbefinden weniger dramatisch als im Ausland. Die Folgen sind gleichwohl nicht ausgeblieben. Ich erwähne nur ein paar wenige Beispiele:

- Seit über zehn Jahren bleiben die Bundesbeiträge an die Krankenversicherung eingefroren. Gute vier Milliarden Franken sind eingespart, d.h. sind auf die Versicherten überwälzt worden.

- Noch immer leistet der Bund nicht die gemäss Bundesverfassung volle Leistung an die AHV.

- Der linear-schematische Personalstopp beim Bund zeigte zum Teil katastrophale

Folgen. Im Bundeshaus liegen wegen Personalmangels noch immer rund 20000 unerledigte Asylgesuche. Der auch bei der ETH praktizierte Personalstopp verhinderte den Aufbau neuer Fächer und brachte unser Land beispielsweise in der Informatik arg in Rückstand, dessen Folgen das Debakel in der Uhrenindustrie x-fach vergrössert. Nicht nur die verschuldeten Fussballklubs kaufen teure ausländische Stars ein, auch die Schweizer Wirtschaft bügelt Versäumnisse mit Fremdeinkäufen aus. Zwei Drittel der Informatik-Kaderleute in der Wirtschaft sind vom Ausland importiert worden. Damit gelang es, die schlimmsten Folgen der verpassten Informatikausbildung zu kaschieren.

- Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs wurde über Jahrzehnte «eingespart».
- Bei den Rüstungsausgaben zeigten sich die «Weniger-Staat»-Strategen grosszügiger als bei den Zukunftsinvestitionen in die Berufsbildung Modell Jahr 2000.
- Die «Reformen» im Kartell- und Aktienrecht fielen klaglich dürfstig aus.
- Obschon die Preisüberwachungs-Initiative vom Stimmvolk angenommen worden war, erlaubten sich die bürgerlichen Mehrheitsparteien, die Banken zu schonen und entgegen dem Initiativtext die Hypothekarzinsen von der Preisüberwachung auszunehmen.
- Die Gewinne stiegen in den letzten Jahren weitaus kräftiger an als die Reallöhne.
- usw. usw.

Die Abbaupolitik eines Ronald Reagan oder einer Margret Thatcher zeitigen für die sozial Schwächeren natürlich schlimmere Folgen als die dosierte Abbaupolitik bzw. die restrikti-

ve Verhinderungsstrategie der eidgenössischen Sozialbremser. An die auch für das «grosses Publikum» sichtbar gewordenen Grenzen stiess die «Weniger Staat»-Politik erstmals im Umweltbereich. Waldsterben, vergiftete Luft, verschmutzte Gewässer oder durch «Tschenobyl» gefährdete Lebensmittel brachten die Ernüchterung, und «Schweizerhalle» brachte diese Politik endgültig ins Abseits. «Weniger Staat» war bei den Wahlen 87 nicht mehr offen zu verkaufen, aber die falschen Fährten dieser kolossal verfehlten Strategie leiten noch kaum von der verkehrten Richtung ab.

Erstaunlich bleibt, dass die «Weniger Staat»-Politik weder der FDP als Leaderpartei noch der SVP oder CVP als «Beifahrer» erhebliche Wählerverluste brachte. Nur so ist erklärbar, dass die FDP, SVP und CVP entgegen ihren sonstigen Gewohnheiten vor den letzten Wahlen bei der AHV ganz offen zurückbuchstabierten. Nicht nur blockieren diese Parteien seit Jahren die 10. AHV-Revision, sie erklären sich zur «Reform» nur unter der Bedingung bereit, wenn sie «kostenneutral» bleibt, d.h. wenn sie nichts kosten wird. Um diese Auflage zu erfüllen, soll die AHV-Altersgrenze für Frauen von bisher 62 auf neu 65 erhöht werden. Die SP lehnt diese Verschlechterung ab und plädiert für die AHV-Altersgrenze 62 für Frau und Mann. Mit dem Zusatz, diese Verbesserung koste «etwas».

Sozialpolitik neu überdenken

Von den Wählerinnen und Wählern bestraft wurden primär nicht die Abbaustrategen, sondern die SP. Und die Bestätigung der zunehmenden Skepsis für den sozialpolitischen

Ausbau «wie gehabt» lieferte der 6. Dezember 1987. Die Deklassierung der Kranken- und Mutterschaftsversicherung durch die Vierfünftelmehrheit der Stimmenden widerlegt vorläufig die Annahme, mit mehr Sozialpolitik nach traditioneller Façon wären bei den Wahlen entscheidend mehr Stimmen zu holen gewesen.

Beharrlich weisen wir darauf hin, Umweltpolitik sei eine neue Dimension der Sozialpolitik. Soziale Errungenschaften sind dann gefährdet, wenn Natur und Umwelt einen Infarkt erleiden sollten. In einer kaputten Umwelt gibt es weder persönliches Wohlbefinden noch eine blühende Wirtschaft. Sollte der Börsenkrach vom 19. Oktober 1987 einen weltwirtschaftlichen Kälteeinbruch inszenieren, könnten soziale Errungenschaften schneller als gedacht von dieser Seite unterlaufen werden. Sozialpolitik bleibt daher für die SP Thema Nummer eins. Nur: Sie ist gründlich zu überdenken. Gemeint sind nicht Abstriche. Gefragt sind mehrheitsfähige Konzepte, mit denen der lange Marsch durch die Jahrzehnte erfolgreich und mit Unterstützung der Arbeitnehmer, Mieter und Konsumenten fortgesetzt werden kann.

An der Tagung mit den SP-Kantonalpräsidenten meinte Thomas Onken, Präsident SP Thurgau, im Wahlkampf seien vermutlich die Themen der Arbeitszeit, der Technologie und der Arbeitsplatzsicherheit zu marginal behandelt worden. «SP-Politik ist erkläruungsbedürftiger geworden. Wir wissen zuwenig von Arbeitnehmergruppen, z.B. über die Kassiererin bei Coop/Migros, über den Lastwagenchauffeur oder über den Eisenbahner. Die Gewerkschaften sind nicht besser dran, wir sollten ihnen die Hand ausstrecken. Die SP hat das Image als Neinsager-Par-

tei, wir müssen positiver werden, wir sollten für die Leute da sein, wir sollten in den Sektionen mehr Dienstleistungen für sie anbieten, das ist Sozialpolitik im kleinen, die Vertrauen und Glaubwürdigkeit schafft.» Diese berechtigte Kritik erinnert mich an ein Wort von Günther Grass: «Stimmen sind das Kleingeld der Demokratie.» Die SP muss die starke und grosse Partei für die Menschen sein, die sie brauchen. Und das sind mehr, als uns am 18. Oktober ihre Stimme gegeben haben.

Perspektiven

Es müssen inhaltliche und organisatorische Fragen angegangen werden. Die SPS feiert 1988 ihren 100. Geburtstag. Ihre Partei- und Mitgliederstruktur ist überholungsbedürftig. Nach langen Jahren gab es endlich grünes Licht für die «zentrale Adressenkarrei» auf EDV. Das Zentralsekretariat ist daran, diese Kartei zu erstellen, um inskünftig eine Mitgliederinformation aufzubauen, die diesen Namen verdient. Damit soll die sichtbar gewordene Mobilisierungsschwäche überwunden werden.

Die lautstarke Forderung, allein das Parteizentrum zu stärken, genügt nicht. Wer die Geschichte der SPS richtig liest, weiss, dass diese Partei neben der tragenden Mitte Flügel hat, verschiedene Tendenzen aufweist, d.h. aus einem breiten Spektrum besteht. Die Gefahr besteht z.B., alle Mitglieder als Aktivistinnen und Aktivisten zu sehen und das reine Sympathiemitglied zu vergessen. Die SP braucht den kreativen und den innovativen Dialog, sie braucht die Spannung und die demokratische Auseinandersetzung. Mir hat der Ausspruch von Martin Lenzlinger, Präsident der SP Kanton Zürich, zu

denken gegeben: «Die SP ist langweilig geworden.» Die Stärke der SP ist ihre Vielfalt in der Einheit, dazu gehören Toleranz und gegenseitiges Verständnis für- und miteinander. Die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen sind für die SP speziell ungünstig. Viele Medien «fördernd» die SP nur als Negativthema, d.h. berichten am ausführlichsten über möglichst schlechte Nachrichten. Normale Versuche, durch Diskussion die bestmögliche Lösung zu finden, liefern bereits Schlagzeilen für einen angeblichen SP-Krach. Ein spezielles Kapitel gehört den Finanzen. Bürgerliche Parteien werden gesponsert, z.B. bei Sachabstimmungen durch die Wirtschaftsförderung. Der Landesring lebt von der Migros. Die SP ist die einzige grosse Partei, die ihren Finanzaushalt zu hundert Prozent allein bestreitet. Zu den ungünstigen Rahmenbedingungen gehört die Ausländer- und Asylantenpolitik. Die Wirtschaft holt Arbeitskräfte, drückt sich aber vor den daraus entstehenden gesellschaftspolitischen Problemen. Einige hunderttausend Arbeiter haben kein Stimm- und Wahlrecht. Für Arbeitgeber und bürgerliche Parteien sind Arbeitnehmer ohne politische Stimme fabelhaft praktisch. Erstens schwächen sie die Arbeitnehmerschaft generell, besonders in den Betrieben, zweitens schwächen sie die SP als den ausländischen Arbeitnehmern potentiell nahestehende Partei, und drittens bezahlt zu allem Elend die gleiche SP gerade auch noch die politische Rechnung für Betroffene, die von ihr vergeblich eine restriktive, NA-ähnliche Ausländer- und Asylantenpolitik fordern.

Wer über die schwierige Lage der SP nachdenkt und nach Spuren sucht, die zur Verlustquelle führen, kann die Kon-

kurrenzlage nicht übersehen. Auf der einen Seite desertieren potentielle SP-Wähler/-Innen wegen unserer solidarischen Politik mit den ausländischen Arbeitern, auf der anderen Seite wird die SP von den Grünen bedrängt, und zudem hat sie mit sich selber bzw. schafft sich oft unnötige Probleme. Während Bürgerliche alles tun, um politische Macht zu erlangen, lieben viele Linke politische Macht nur platonisch. Die Folge davon ist eine Politik, die Marginale mit Zentralem verwechselt.

Fazit

Wir gehen über die Bücher. Gewohntes wird in Frage gestellt. Die Organisations- und Mitgliederstruktur wird modernisiert. Mit Perspektiven 2000 werden Schwerpunkte für die Politik der nächsten Jahre definiert.

Der alte Mann Robert Jungk, immer noch voll im Kampf gegen den Atomstaat, verbreitet einen für viele Jüngere beschämenden Optimismus. Er liess nach den Wahlen ausrichten, «nicht den Kopf hängen lassen, die SP hat eine hervorragend zusammengesetzte Fraktion gewählt bekommen und hat die Chance, mit guter Arbeit 1991 die Scharte auszuwetzen».

Wenn der alte Mann Robert Jungk und das eingangs erwähnte 17jährige Mädchen an uns glauben, weshalb sollten wir resignieren? «Wut macht Mut», steht an einer Hauswand gesprayt. «Jeder Schritt ist von Bedeutung, wenn die Richtung stimmt», meint Erich Fromm. Wir müssen über den Wahlausgang 1987 nachdenken. Wir dürfen darin nicht verweilen und resignieren. Es ist tausendmal besser, eine Lampe anzuzünden, als über die Dunkelheit zu jammern.